

Inhaltsverzeichnis

Autorenverzeichnis	17
I. Einführung in das Thema	19
1. Ein Blick zurück	22
1.1 War das nicht einfach – damals?	22
1.2 Und wie kompliziert ist das Recht – heute?	23
2. Das Handbuch zum Sorge- und Umgangsrecht	24
2.1 Die Betroffenen	24
2.2 Zielgruppe	25
2.3 Die Professionen	26
II. Sorge aus richterlicher Sicht	33
1. Die Elternschaft	33
1.1 Die Mutterschaft	33
1.2 Die Vaterschaft	33
a) Das eheliche Kind	34
b) Das nichteheliche Kind	35
(1) Vaterschaftsanerkennung	35
c) Vaterschaftsfeststellung	36
d) Vaterschaftsanfechtung	36
e) Anfechtung durch das Kind, die Mutter oder den rechtlichen Vater	36
(1) Anfechtung durch den biologischen Vater	37
(2) Anfechtung durch die Verwaltungsbehörde	38
(3) Das Verfahren nach § 1598a BGB	38
(4) Die Voraussetzungen des Verfahrens	39
(5) Die Folgen des Verfahrens	40
1.3 Die Adoption	40
a) Die Minderjährigenadoption	41
(1) Voraussetzungen	41
(2) Die Wirkungen der Minderjährigenadoption	43
b) Die Volljährigenadoption	43
2. Die Träger der elterlichen Sorge	44
2.1 Verheiratete Eltern	44
2.2 Nicht verheiratete Eltern	44
2.3 Tod eines Elternteils	46
a) Tod eines Elternteils bei gemeinsamer Sorge	46
b) Tod eines Elternteils bei Alleinsorge	47

3. Der Inhalt der elterlichen Sorge	48
3.1. Allgemeines	48
3.2. Die Personensorge	49
a) Das Namensrecht	49
(1) Der Geburtsname	49
(2) Die Einbenennung	49
(3) Der Vorname	50
b) Das Aufenthaltsbestimmungsrecht	50
(1) Allgemeines	50
(2) Residenz- und Wechselmodell	51
c) Das Recht und die Pflicht der medizinischen Versorgung	51
(1) Empfängnisverhütung	53
(2) Schwangerschaftsabbruch	54
(3) Sterilisation	55
(4) Beschneidung	55
(5) Tattoo und Piercing	56
d) Die religiöse Kindererziehung	56
3.3. Die Vermögenssorge	56
a) Taschengeld	56
b) Erbschaften oder Schenkungen	57
c) Weitere Geschäftstätigkeiten	57
3.4. Meinungsverschiedenheiten der Eltern	58
4. Der Umgang mit dem Kind	58
4.1. Der Umgang mit dem anderen Elternteil	58
a) Grundsätzliches	58
b) Der Wille des Kindes	59
c) Ausgestaltung des Umgangs	59
(1) Ort	59
(2) Häufigkeit und Dauer	59
(3) Modalitäten	60
d) Ausschluss und Einschränkung des Umgangs	61
4.2. Der Umgang mit Großeltern, Geschwistern und anderen engen Bezugs- personen	62
a) Großeltern und Geschwister	62
b) Andere enge Bezugspersonen	63
c) Die Kindeswohldienlichkeit	63
4.3. Der Umgang mit dem biologischen, aber nicht rechtlichen Vater	63
5. Das Verfahren in Kindschaftssachen aus richterlicher Sicht	64
5.1. Das Vorrang- und Beschleunigungsgebot (§ 155 FamFG)	64
a) Praktische Auswirkungen und Probleme	64
(1) Für das Gericht	64
(2) Für die beteiligten Rechtsanwälte	65
(3) Für das Jugendamt	65

b) Notwendigkeit von Verfahren auf Erlass einer einstweiligen Anordnung?	65
5.2 Das Hinwirken auf Einvernehmen (§ 156 FamFG)	66
a) Auswirkungen für das Gericht	66
b) Auswirkungen für den Sachverständigen	67
c) Auswirkungen für den Verfahrensbeistand	68
d) Auswirkungen für die Beteiligten	69
5.3 Die Einholung eines Sachverständigengutachtens	69
a) Die Notwendigkeit der Einholung	69
b) Die Fristsetzung nach § 163 Abs. 1 FamFG	70
5.4 Die Vollstreckung von Umgangsanordnungen	71
a) Ordnungsgeld und Ordnungshaft	71
b) Die Umgangspflegschaft	72
c) Entzug des Aufenthaltsbestimmungsrechts	73
5.5 Besondere Probleme bei der Bewilligung von Verfahrenskostenhilfe in Kindschaftssachen	73
a) Mutwilligkeit	73
b) Beiordnung eines Rechtsanwaltes	74
6. Kindeswohlgefährdung	75
6.1 Die Kindeswohlgefährdung	75
6.2 Maßnahmen bei Kindeswohlgefährdung	78
6.3 Die agierenden Personen	80
a) Das Gericht	80
b) Der Vormund und der Pfleger	81
c) Das Jugendamt	82

III. Der Anwalt im Sorgerechts- und Umgangsverfahren	85
1. Außergerichtliche Beratung und Vertretung	85
2. Häufige Verfahrensgegenstände im Überblick	86
2.1 Sorgerecht	86
a) Bei bestehender gemeinsamer Sorge – Antrag auf Übertragung der Alleinsorge auf einen Elternteil	86
b) Bei Alleinsorge der Mutter des nichtehelichen Kindes – Antrag auf Regelung der gemeinsamen Sorge	88
c) Bei Alleinsorge der Mutter des nichtehelichen Kindes und Getrenntleben – Antrag auf Regelung der Alleinsorge auf den Vater	89
d) Aufenthaltsbestimmungsrecht	89
e) Entscheidungsbefugnis über einzelne Belange (§ 1628 BGB)	90
f) Kindeswohlgefährdung (§§ 1666 bis 1667 BGB)	92
(1) Gefährdung des Kindeswohls	92
(2) Pflichtwidriges Verhalten	92
(3) Fehlende Gefahrenabwehr durch die Eltern	93

(4) Verhältnismäßigkeit	93
(5) Gefährdung des Kindesvermögens	94
2.2 Umgangsregelungen	94
a) Umgang zwischen Kind und Eltern	94
(1) Allgemeines	94
(2) Ausschluss des Umgangs	97
b) Umgang des Kindes mit anderen Personen, § 1685 BGB	100
(1) Umgangsrecht von Großeltern/Geschwistern, § 1685 Abs. 1 BGB	100
(2) Umgangsrecht mit anderen Bezugspersonen, § 1685 Abs. 2 BGB	100
(3) Umfang des Umgangs	101
c) Umgangs- und Auskunftsrecht des biologischen Vaters, § 1686 a BGB	101
2.3 Auskunft über die persönlichen Verhältnisse des Kindes (§ 1686 BGB)	102
3. Verfahrensarten	102
3.1 Einstweilige Anordnung (§§ 49 ff. FamFG)	102
3.2 Hauptsacheverfahren	105
4. Verfahrensgrundsätze und Entscheidungskriterien	106
4.1 Verfahrensgrundsätze	106
a) Vorrang- und Beschleunigungsgebot, § 155 Abs. 1 und 2 FamFG	106
b) Amtsermittlungsgrundsatz	107
c) Hinwirken auf Einvernehmen	108
d) Erforderlichenfalls: Anwaltsbeordnung	108
e) Anhörung der einzelnen Verfahrensbeteiligten	108
f) Sachverständigengutachten	109
g) Verfahrensbeistand	110
4.2 Entscheidungskriterien – Kindeswohlprinzip (§ 1697a BGB)	111
a) Fehlende Kooperationsfähigkeit oder -bereitschaft	111
b) Gleichgültigkeit eines Elternteils	112
c) Ungeeignetheit zur Pflege und Erziehung	112
d) Gewaltanwendung gegen den anderen Elternteil	113
e) Förderungsgrundsatz	113
f) Betreuungsmöglichkeit und -bereitschaft	113
g) Erziehungseignung	113
h) Bindungstoleranz	115
i) Kontinuitätsgrundsatz	115
j) Bindungen bzw. Beziehungen des Kindes zu Eltern und Geschwistern	116
k) Wille des Kindes	116
5. Anwaltliche Aufgaben im gerichtlichen Mandat	118
5.1 Stärkung/Beratung des Mandanten	118
5.2 Filtern des Tatsachenvortrags	118
5.3 Kontaktaufnahme zum Jugendamt	119

5.4	Kontaktaufnahme zum Verfahrensbeistand	119
5.5	Anwaltpflichten bei Bestellung eines Sachverständigen	119
5.6	Handeln bei Verfahrensverzögerung durch das Gericht	123
6.	Abschluss des Verfahrens	123
6.1	Beschluss	123
6.2	Gerichtlich gebilligter Vergleich	123
7.	Rechtsmittel gegen Endentscheidungen in Sorge- und Umgangsverfahren	124
8.	Vermittlungsverfahren (§ 165 FamFG)	124
9.	Kosten, Verfahrenskostenhilfe und Anwaltsbeiodnung im Gerichtsverfahren	127
9.1	Kosten	127
9.2	Verfahrenskostenhilfe und Anwaltsbeiodnung	128
10.	Vollstreckung	129
10.1	Allgemeines	129
10.2	Schuldhafter Verstoß des Verpflichteten	131
10.3	Adressat der Zwangsmaßnahme	132
10.4	Androhung von Ordnungsmitteln	132
10.5	Ordnungsmittel	132
	a) Auswahl der Ordnungsmittel – Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	133
11.	Abänderung gerichtlicher Entscheidungen/gerichtlich gebilligter Vergleiche (§ 1696 BGB)	135

IV.	Die elterliche Sorge aus sozialpädagogischer Betrachtung	139
1.	Einleitung	139
2.	Das Kinder- und Jugendhilfesystem in seiner systematisch-rechtlichen Begründung im Verfassungsrecht	144
2.1	Leistungen des Jugendamtes	145
2.2	Andere Aufgaben des Jugendamtes	147
3.	Die Wirkmöglichkeiten und Gestaltungskräfte der Jugendhilfe	152
3.1	Die Strukturprinzipien der Kinder- und Jugendhilfe	152
3.2	Die einzelnen Handlungsinstrumentarien der Kinder- und Jugendhilfe	153
	a) Übersicht A: Hilfen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe im Bereich von Partnerschaft, Ehe und Familie, Trennung und Scheidung	154
	b) Übersicht B: Hilfen und Angebote im Kinder- und Jugendhilferecht zur Sicherung von Kindeswohl und Erziehung	156
3.3	Die Gestaltung der Bestimmungen im Kinder- und Jugendhilferecht als Stufenmodell	157
	a) Grundlegende und präventive Hilfen im Lebensfeld	158

b) Hilfen und Angebote im engeren Zuständigkeitsbereich des Jugendamtes	158
c) Hoheitliche Hilfen in der Verantwortungsgemeinschaft von Jugendamt und Familiengericht	159
d) Ausgangslage in der Lebenswelt nach dem Hilfe- und Interventionsprozess von Jugendamt und Gericht	159
e) Zusammenfassung:	160
4. Umsetzung in der jugendamtlichen Praxis bei Kindeswohlgefährdung	160
4.1 1. Stufe: Allgemein präventive Phase	160
4.2 2. Stufe: Speziell präventive Angebote	160
4.3 3. Stufe: Konkret ausgerichtete Hilfeangebote im Verantwortungsbereich des Jugendamtes	161
4.4 4. Stufe: Jugendamt und Gericht als Verantwortungsgemeinschaft	161
4.5 5. Stufe: Hoheitliche Hilfe in der vorrangigen Entscheidungsverantwortung des Familiengerichts	161
4.6 6. Stufe: Die Befugnisse der Ausübung der elterlichen Sorge nach der staatlichen Intervention durch Jugendamt und Gericht	161
5. Umsetzung in der jugendamtlichen Praxis bei Trennung und Scheidung ...	162
6. Aktuelle Entwicklungen	164
6.1. Anknüpfen bei der Familie	164
6.2. Prävention	164
6.3. Vernetzung	165
7. Die elterliche Sorge aus sozialpädagogischer Sicht	166
7.1 Die konkreten Praxis- und Handlungsschritte bei Trennung und Scheidung	166
a) Das Informationsgespräch	167
b) Die Beratungsstelle	168
c) Der sozialpädagogische Dienst des Jugendamtes	169
d) Das Familiengericht	169
e) Welche konkreten Handlungsschritte sollten von Trennung und Scheidung betroffene Familien beachten?	171
8. Das Jugendamt im deutschen Jugendhilferecht	172
8.1 Die Organisationsstruktur	172
8.2 Probleme	174
9. Die aktuelle Situation der Sozialen Arbeit und zukünftige Entwicklungsanforderungen	176
10. Fachdebatten in Auswertung der 25-jährigen Gesetzesgeschichte des SGB VIII	178

V. Verfahrensbeistand**181**

1. Einführung in die Tätigkeit des Verfahrensbeistandes für Kinder und Jugendliche	181
1.1 Aufgabe und Stellung im Verfahren	181
1.2 Vorgehensweise des Verfahrensbeistands	182
1.3 Partizipation von Kindern und Jugendlichen	183
1.4 Anhörung des Kindes	184
2. Die gemeinsame elterliche Sorge	186
2.1 Nach Zusammenleben der Eltern gemäß § 1671 BGB	186
2.2 Bei Nichtzusammenleben der Eltern	188
2.3 Sorgerecht bei fehlender Beziehungsgrundlage	190
2.4 Eingriffe in das Sorgerecht	191
a) Anrufung des Gerichts im Rahmen von § 8a SGB VIII	191
b) Eingriffe in das Sorgerecht im Rahmen von § 1666 BGB	191
3. Umgang	194
3.1 Umgang mit Vater oder Mutter	196
a) Umgang über große Entfernung	198
b) Umgang unter besonderen Umständen	199
3.2 Umgang mit Dritten	199
3.3 Umgang in Kurzzeit- und Dauerpflege	200
3.4 Umgangsausschluss, begleiteter Umgang	201
3.5 Umgangspflegschaft	202
4. Zwischen elterlicher Sorge und Umgang: Das Wechselmodell	204
5. Verfahren mit Auslandsbezug	206
5.1 Beabsichtigte Aufenthaltsverlegung ins Ausland	206
5.2 HKÜ-Verfahren	207
5.3 Umgangsverfahren	207
6. Elterliche Sorge im Kontext freiheitsentziehender Maßnahmen	208
6.1 Sorgerechtliche Aspekte	209
6.2 Aufgabe und Selbstverständnis des Verfahrensbeistands	210
6.3 Praxiserfahrungen	210
a) ... mit der Begutachtung	210
b) ... in der Haltung der Beteiligten	211
c) ... bei Unterbringung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie zur Abklärung	211
d) ... mit Unterbringung in Jugendhilfeeinrichtungen	212
7. Fazit	212
7.1 Gewinn für das vertretene Kind	212
7.2 Nutzen für das Gericht und die Beteiligten	213
a) Für das Gericht	213
b) Für das Jugendamt	213

c) Für die Eltern	214
d) Für die Rechtsanwälte	214
e) Für die Sachverständigen	214
8. Professionalisierung der Verfahrensbeistandschaft	214
8.1 Weiterbildung	214
8.2 Vernetzung	215
8.3 Auf dem Weg von der Tätigkeit zum Beruf	216

VI. Psychologische Sachverständige 219

Prolog: Perspektive der gutachterlichen Theorie und Praxis mit exemplarischer Relevanz	219
1. Sachverständigengutachten – Funktion und Stellung im familienrechtlichen Verfahren	220
1.1 Beauftragung einer Begutachtung und Beweisfragen	220
1.2 Mündliche oder schriftliche Erstattung eines Gutachtens	222
1.3 Entscheidungs- oder lösungsorientierter Ansatz – Gegensatz oder Ergänzung?	228
2. Pädagogisch-psychologische Bezugstheorien im Rahmen einer Begutachtung	234
2.1 Kindeswohl und Kindeswohlgefährdung	234
2.2 Kindliche Bindungen und Beziehungen	238
2.3 Familiale Konfliktdynamik und Auswirkungen auf die kindliche Entwicklung	242
a) Konflikte der Elternebene (Hochstrittigkeit)	245
b) Konfliktdynamik zwischen Eltern und Kind(ern)	247
2.4 Der Kindeswille – Macht und Ohnmacht von Kindern im Elternkonflikt ...	249
a) Wissenschaftliche Grundlagen und Perspektiven	250
b) Der ablehnende Kindeswille	254
c) Verhältnis von Kindeswohl und Kindeswille	255
3. Sorgerechtlicher Klärungsbedarf im Rahmen eines Sachverständigen-gutachtens	257
3.1 Diskurs zur gemeinsamen elterlichen Sorge versus Alleinsorge oder Übertragung von Teilbereichen des Sorgerechts	257
a) Elterliche Verantwortung im Wandel gesellschaftlich-normativer und individuell-subjektiver Leitbilder	257
b) Normativer Anspruch, familiale Realität und Rechtspraxis	261
c) Gemeinsame Sorge oder Alleinsorge?	262
d) Das Wechselmodell als gerechte Lösung?	268
3.2 Sorgerechtliche Fragen zur Erziehungsfähigkeit von Eltern(teilen)	275

4. Umgangsrechtlicher Klärungsbedarf im Rahmen eines Sachverständigen-gutachtens	282
4.1 Ziel der Kind-Eltern-Kontakte: Bindungskontinuität oder Bindungs-aufbau	285
a) Qualität der Kind-Eltern-Beziehung und Bindung	285
b) Fehlende Beziehung/Bindung	286
4.2 Quantität und Qualität kindlicher Umgangskontakte zu beiden Eltern-teilen	287
4.3 Einschränkung oder Ausschluss von Umgangskontakten	288
4.4 Umgangspflegschaften und begleitete Umgänge	290

VII. Sorgerecht und Beteiligung von Kindern **295**

1. Einführung	295
2. Kinderrechte in Deutschland	295
3. Exkurs: Kinderschutz und Stärkung der Individualrechte von Kindern und Jugendlichen	299
3.1 Kinderschutz	299
3.2 Stärkung der Individualrechte von Kindern und Jugendlichen	301
4. Die Beteiligung von Kindern im Sorge- und Umgangsrecht	303
4.1 Grundfragen der Beteiligung von Kindern in familiengerichtlichen Verfahren	304
4.2 Rechtsgrundlagen der Beteiligung von Kindern	305
4.3 Die Beteiligung von Kindern bei Trennung und Scheidung	307
4.4 Die Beteiligung von Kindern im Umgangsrecht	309
4.5 Die Verfahrensbeistandschaft als Instrument der Beteiligung von Kindern	312
5. Professionalität der Fachkräfte als Schlüssel für gelingende Beteili-gung von Kindern und Jugendlichen	314
5.1 Notwendige Fachkompetenzen	315
a) Wissen und Fähigkeiten	315
b) Fertigkeiten	316
5.2 Notwendige personale Kompetenzen	316
a) Sozialkompetenzen	316
b) Selbstständigkeit	317
6. Fazit und Perspektiven der Kinderbeteiligung	317

VIII. Mediation im familiengerichtlichen Verfahren	319
Einleitung	319
1. Was ist Mediation?	319
1.1 Definition	319
1.2 Ablauf und Phasen der Mediation	320
a) Phase 1 Festlegung der Grundlagen	320
b) Phase 2 Themensammlung, Darstellung der Positionen	321
c) Phase 3 Bearbeitung des Konflikts, Interessenklärung	322
d) Phase 4 Lösungsoptionen erarbeiten, prüfen und auswählen	323
e) Phase 5 Vereinbarung schließen	324
1.3 Prinzipien der Mediation	324
a) Freiwilligkeit	324
b) Informiertheit und Offenheit	325
c) Vertraulichkeit	326
d) Strukturiertheit des Verfahrens	326
e) Keine Entscheidungsbefugnis für den Mediator	326
f) Neutralität/Allparteilichkeit	326
g) Eigenverantwortlichkeit	327
h) Das Fall- und Problemspezifische	327
1.4 Beteiligung Dritter in der Mediation	328
1.5 Einbeziehen von Kindern und Jugendlichen in die Mediation	328
2. Wie und warum wirken Mediation, Mediationswerkzeuge?	329
2.1 Spiegeln, paraphrasieren, aktives Zuhören	329
2.2 Reframing	330
2.3 Direkte und indirekte Kommunikation	331
2.4 Visualisieren	331
2.5 Einzelgespräche	332
2.6 Gestaltung des Mediationstermins	332
3. Mediation im gerichtlichen Verfahren	333
3.1 Mediationsgesetz vom 21. Juli 2012	333
3.2 Mediation beim Güterrichter	334
3.3 Rolle des Rechts in der Mediation	336
3.4 Mediation mit Rechtsanwälten	337
4. Außergerichtliche Mediation	337
4.1 Wie findet man einen guten Mediator?	337
4.2 Was kostet der Mediator?	338
4.3 Mediation bei internationalen Kindschaftskonflikten	339
5. Grenzen der Mediation	340

IX. Das Recht der Pflegekindschaft	343
1. Einleitung	343
2. Internationale Regelungen	344
3. Verfassungsrecht	346
3.1 Pflegekind	346
3.2 Eltern	348
3.3 Staatliches Wächteramt	350
3.4 Pflegeeltern	351
4. Pflegekindschaft im Familienrecht	352
4.1 Keine systematische Regelung	352
4.2 „Freiwillige“ und als zivilrechtliche Schutzmaßnahme erfolgte Inpflegegabe	353
4.3 Handlungskompetenzen der Pflegeeltern	356
a) Übertragung von Angelegenheiten der elterlichen Sorge (§ 1630 Abs. 3 BGB)	356
b) Gesetzliche Entscheidungsbefugnisse der Pflegeeltern (§ 1688 BGB)	358
c) Verhältnis von Vormund und Pflegeeltern	363
d) Möglichkeiten und Grenzen vertragsrechtlicher Regelungen	365
4.4 Verbleibensanordnung (§ 1632 Abs. 4 BGB)	368
a) Sinn und Zweck der Verbleibensanordnung	368
b) Verfassungsrechtlich prekäre Situationen	369
c) Betroffene Minderjährige	371
d) Familienpflege	371
e) „Seit längerer Zeit“	372
f) Herausgabeverlangen	373
g) Antrag auf Verbleib	374
h) Die Verbleibensanordnung	374
i) Gefährdungsgrad und -wahrscheinlichkeit	375
j) Dauer und Perspektive der Verbleibensanordnung	378
5. Umgang mit Pflegekindern	379
6. Pflegekindschaft im familiengerichtlichen Verfahren	384
7. Pflegekindschaft im Kinder- und Jugendhilferecht (SGB VIII)	387
7.1 Vollzeitpflege als Hilfe zur Erziehung (§ 33 SGB VIII)	390
7.2 Die „geplante, zeit- und zielgerichtete Intervention“	392
a) „Rückkehr“ oder „Verbleib“	394
b) Hilfeplanung und Hilfeplan	395
c) „Permanency Planning“	398
d) Prüfung der Adoptionsoption	399
e) Inobhutnahme	400

X. Vergleich	403
XI. Nachwort und Danksagung	415
1. Von der elterlichen Gewalt über die elterliche Sorge zur elterlichen Verantwortung	415
1.1 Bei der elterlichen Gewalt schien alles klar:	415
1.2 Heute beherrscht der Begriff der elterlichen Sorge die Diskussion.	415
1.3 Und in der Zukunft?	416
2. Danksagung	419
Literatur	421
Stichwortverzeichnis	437